

Bürgerbegehren

Der zivilisierte Ungehorsam

Von Helmut Schwan



Die Bürger verschaffen sich Gehör: Wir hier am Flughafen Egelsbach, über dessen Zukunft noch gerungen wird, engagieren sich Hessen.

18. Juli 2009 Sie werden Warren Buffett in Oklahoma nichts davon erzählt haben. Leicht zerzaust von der Finanzkrise, hat der Guru des Investments zurzeit andere Sorgen, als sich um „Egels-What??“ zu kümmern. Aber der zivile Widerstand in Hessen, Germany, gegen die hochfliegenden Pläne, die ein Unternehmen des reichsten Mannes der Welt verfolgt, hat weltweit für Aufmerksamkeit gesorgt. Und dieser Widerstand drückt aus, dass die „direkte Demokratie“ mutiger wird, dass die Selbstgewissheit der Bürger, etwas bewegen zu können, zunimmt.

Am 27. September stimmen die Egelsbacher nicht nur darüber ab, wer sie in Berlin regieren soll, sondern auch, ob künftig von „ihrem“ Flugplatz mehr Privatjets abheben dürfen. Noch markanter war freilich das Zeichen, das Odenwälder im November 2007 gesetzt hatten: Sie durchkreuzten das Vorhaben, die Nachbarstädte Erbach und Michelstadt zu fusionieren. Und ließen ihre Bürgermeister, die die Verschmelzung schon vorab als historisch gefeiert hatten, ziemlich schlecht aussehen. Welche Kräfte ein Plebiszit entfalten kann, zeigte vor kurzem das Exempel Darmstadt: Obwohl formal am Quorum gescheitert, zerriss das Bürgervotum gegen die Nordost-Umgehung die Ampel-Koalition.

97 Abstimmungen sind seit 1993 in Hessen zustande gekommen

Bürgerbegehren und -entscheid wurden in Hessen 1993 zusammen mit der Direktwahl der Bürgermeister und Landräte eingeführt. Die Dieburger machten den Anfang: Die Beteiligung war mit mehr als 50 Prozent beachtlich, das Ergebnis war eindeutig: „Der schienengleiche Bahnübergang in der Frankfurter Straße muss beseitigt werden.“ Die Infrastruktur, die Sorge um von Straßen ausgehende Gefahren und Belästigungen, der Verlauf einer Buslinie, der Zuschnitt neuer Baugebiete, das sind die Klassiker geblieben. Jedoch hat sich das Spektrum im Laufe der Jahre stark erweitert (siehe Kasten rechts).

Professor Theo Schiller, der an der Marburger Universität die Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie seit vielen Jahren leitet, verweist auf die immerhin 97 Abstimmungen, zu denen es seit 1993 in Hessen gekommen ist. Die Erfolgsquote, gemessen an der Zahl der beantragten Bürgerbegehren im Verhältnis zu einem Entscheid im

Sinne der Initiatoren, liegt bei fast 50 Prozent. Der Politikwissenschaftler und Staatsrechtler Schiller sieht den größten Gewinn der neuen Instrumentarien darin, die „politische Debatte zu verdichten“ und die Sensibilität für die Probleme zu erhöhen. Befürchtungen mancher Kommunalpolitiker, das Mittel könne exzessiv genutzt und die Arbeit der Parlamente gestört werden, hätten sich ebenso wenig bewahrheitet wie die Sorge, es könne für extremistische Zwecke missbraucht werden. Im Gegenteil: Versuche Rechtsradikaler etwa, den Bau von Moscheen über ein Plebiszit zu verhindern, seien grandios gescheitert.

Hürden senken?

Zum Thema

- [Stadträte wollen nun doch kein Römermuseum](#)
- [Kein Entscheid über NHZ](#)
- [Kaum Chancen auf weitere Partner](#)

Schiller plädiert daher dafür, die Hürden für die Bürgerbegehren zu senken oder sie zumindest zu staffeln. Die Erfahrung in Hessen lehrt schließlich auch, dass in größeren Städten wegen des verlangten Quorums von 25 Prozent – das heißt, es muss sich nicht nur eine Mehrheit für das Anliegen finden, sondern die Zahl der positiven Stimmen auch mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten betragen – nur wenige Bürgerentscheide zustande kommen: „Mangelnde Aussicht auf Erfolg schreckt schon ab, überhaupt aktiv zu werden.“ Weil der Wunsch, Politik selbst in die Hand zu nehmen, oft sehr speziell sei oder sich auf das nähere Umfeld beziehe, falle es schwer, die Menschen in anderen Stadtteilen zu motivieren – ein Viertel der Bürgerentscheide in Hessen habe das Quorum nicht erfüllt.

Andere Bundesländer machen Politik von unten leichter. Die Regelung in Bayern, wo das Mitspracherecht der Bürger ohnehin tiefere Wurzeln hat, hält Schiller für vorbildlich: je größer die Kommune, desto niedriger das Quorum; es liegt im Freistaat zwischen 10 und 20 Prozent. Außerdem habe Bayern das „Stadtteilbegehren“ eingeführt, um in Großstädten bessere Chance zu eröffnen, mit lokalen Anliegen durchzudringen.

„Mehr Demokratie wagen“ bleibt häufig nur ein gut gemeinter Appell

In Hessen kann man allein schon aus der Statistik herauslesen, wie mühsam es für Bürgerinitiativen in größeren Städten ist, zum Ziel zu kommen. In Frankfurt und Offenbach konnte bisher noch kein Bürgerentscheid organisiert werden, in Darmstadt war der Streit um die Nordost-Umgehung die Premiere, in Kassel blieb es bei dem Streit um den Ausbau des Flughafens Calden, und in Wiesbaden bedurfte es 1994 der großen Empörung über die Bebauungspläne für das historische Dornsche Gelände, um die Bürger außerplanmäßig zur Urne rufen zu können.

Professor Schiller hat 2006 im Landtag zu 60 Jahren Demokratie in Hessen einen Festvortrag gehalten. Er pries die bürgergesellschaftlichen Aktivitäten als „neuen Fundus von gelebter Demokratie“ und regte in diesem Zusammenhang an, vor allem die Voraussetzungen für ein Volksbegehren zu erleichtern und das Quorum von derzeit 20 auf zehn Prozent zu senken. Auch wenn Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) eine Reform in Aussicht stellt, bleibt Schiller skeptisch, dass sein Appell, mehr direkte Demokratie zu wagen, bald aufgegriffen werde.

Vielleicht hilft sein Hinweis, hinter dem Unbehagen der Bürger stecke mitunter eine tiefere Weisheit. Der Professor erinnert an die vor einigen Jahren auch in Frankfurt geführte Debatte, ob sich nicht für die Stadt ein paar Millionen machen ließen, wenn sie ihr U-Bahn-Netz an einen amerikanischen Investor vermiete und zurückmiete. Gegen das Cross-Border-

Leasing, ein Geschäft auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler, rührte sich Protest. Als sich sogar ein Bürgerbegehren abzeichnete, ließ man im Römer die Pläne fallen. Zum Segen der Stadt, wie sich in den vergangenen Monaten herausgestellt hat. In der Finanzkrise waren die Cross-Boarder-Konstrukte mit riesigen Verlusten in sich zusammengebrochen.

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: Thomas Lohnes

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2009.

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



[Verlagsinformation](#)

[Erleben Sie die großartige Inszenierungen bekannter und erfolgreicher Künstler hautnah. Ein vielfältiges Angebot zu den unterschiedlichsten Kultur-Veranstaltungen finden Sie im FAZ.NET-Ticketportal. Jetzt Tickets buchen!](#)

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2009

Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.